

Cramers Vorschlag abgeschmettert

Integrative Schule In der letzten Woche war Conradin Cramer, Erziehungsdirektor im Kanton Basel-Stadt, in aufgeräumter Stimmung. Nicht nur hat er sein «umfassendes Massnahmenpaket zur Verbesserung der integrativen Schule», das auch als Gegenvorschlag für die Förderklasseninitiative dient, präsentieren können – er hat auch hoffen dürfen, dass er vielleicht sogar Schützenhilfe von unerwarteter Seite erhält.

Konkret: von der Freiwilligen Schulsynode Basel-Stadt (FSS), der Lehrgewerkschaft, die auch im Komitee der Initiative sitzt. FSS-Präsident Jean-Michel Héritier bedauerte auf Anfrage der BaZ zwar, dass im Vorschlag nur Fördergruppen und nicht – wie gefordert – separative Förderklassen vorkommen. Aber er sagte auch: «Die restlichen Vorschläge begrüssen wir sehr. Sollen wir deshalb stur auf die Förderklassen pochen? Oder reicht es uns, dass nach zehn Jahren Stillstand dank der Initiative nun ein guter, wenn auch nicht perfekter Gegenvorschlag zustande gekommen ist?» Am Ende würden die Delegierten entscheiden.

Die Initianten waren darüber nicht nur glücklich und haben sich sorgenvoll an Mitglieder der FSS gewandt. Die Botschaft war klar: Macht bloss keinen Rückzieher – schon gar nicht bei der wichtigsten Forderung.

Durchaus überraschend haben die Delegierten am späten Mittwochabend dann aber überdeutlich im Sinne der Initianten entschieden: Das vom Regierungsrat vorgeschlagene Massnahmenpaket wird in der aktuellen Fassung mit 115 zu 2 Stimmen abgelehnt.

Héritier sagt, dass der «meistgenannte Kritikpunkt» ebenjener gewesen sei, dass auf Förderklassen verzichtet worden sei. Zudem war das «Unverständnis gross», dass in Cramers Paket nur die Primarschule berücksichtigt werde – und darin «keinerlei verbindliche Verbesserungsvorschläge für die Situation in der Sekundarschule» zu finden seien.

Cramer zeigt sich auf Anfrage nicht entmutigt: «Dass das Komitee der Förderklasseninitiative zum jetzigen Zeitpunkt auf seiner Forderung nach Förderklassen besteht, ist nicht überraschend.» Über die umstrittenen Punkte werde nun der Grosse Rat diskutieren und entscheiden können. (sb)